

Schleswig-Holsteinischer Landtag
Ausschussdienst und Stenografischer Dienst

N i e d e r s c h r i f t

Finanzausschuss

- 18. WP - 33. Sitzung

(öffentlicher Teil)

am Donnerstag, dem 11. April 2013, 11 Uhr,
in Sitzungszimmer 142 des Landtags

Anwesende Abgeordnete

Thomas Rother (SPD)

Vorsitzender

Tobias Koch (CDU)

Hans Hinrich Neve (CDU)

Peter Sönnichsen (CDU)

Beate Raudies (SPD)

i. V. v. Birgit Herdejürgen

Lars Winter (SPD)

Anke Erdmann (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

i. V. v. Rasmus Andresen

Burkhard Peters (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

i. V. v. Eka von Kalben

Dr. Heiner Garg (FDP)

Torge Schmidt (PIRATEN)

Lars Harms (SSW)

Weitere Abgeordnete:

Bernd Voß (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Die Liste der **weiteren Anwesenden** befindet sich in der Sitzungsakte.

Tagesordnung:	Seite
1. Personalbedarf im mittleren Dienst und Schreibdienst bei Ermittlungsverfahren der Staatsanwaltschaften und Straf- und Bußgeldverfahren vor Amtsgerichten	5
Sonderbericht PEBB§Y des Landesrechnungshofs Schleswig-Holstein vom 24. Oktober 2012	
2. Sachstandsbericht zum Projekt KoPers	6
Vorlagen der Staatskanzlei Umdrucke 18/517 und 18/969	
Stellungnahme des Landesrechnungshofs Umdruck 18/551	
3. Für einen starken und ausgewogenen EU-Haushalt	8
Antrag der Fraktionen der SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der Abgeordneten des SSW Drucksache 18/623	
Solide Haushalte in Europa	
Änderungsantrag der Fraktion der FDP Drucksache 18/668	
4. Vorbereitung der Wahl einer Präsidentin oder eines Präsidenten des Landesrechnungshofs	9
Antrag der Fraktion der PIRATEN Drucksache 18/604	
5. Aktenvorlagebegehren zum Vorschlag des Ministerpräsidenten zur Änderung des Landesbesoldungsgesetzes	10
Antrag der Fraktion der CDU Umdruck 18/1030	
6. Information/Kenntnisnahme	11

-
- 7. Aufkommen aus der Glücksspielabgabe im ersten Quartal 2013** 12
- Vorlage der Finanzministerin
[Umdruck 18/970](#)
- 8. a) HSH Nordbank AG** 13
- Antrag der Landesregierung
[Drucksache 18/654](#)
- b) Unterrichtung zur aktuellen Lage der HSH Nordbank AG**
- Bericht der Landesregierung
[Drucksache 18/655](#)
- 9. Einzelbetriebliche Förderung abschaffen - überbetriebliche Maßnahmen verbessern** 15
- Antrag der Fraktion der FDP
[Drucksache 18/174](#)
- Änderungsantrag der Fraktion der CDU
[Drucksache 18/225](#)
- 10. Verschiedenes** 17
- 11. Finanzierung von Schienenfahrzeugen der AKN Eisenbahn AG** 18
- vertrauliche Vorlage des Verkehrsministeriums
[Umdruck 18/986](#) (neu)
- (nicht öffentlich und vertraulich gemäß Artikel 17 Abs. 3 Satz 3 LV i. V. m. § 17 Abs. 2 GeschO)
- 12. International Departement am UKSH** 19
- [Umdrucke 18/13, 18/120, 18/283, 18/841](#)
- (nicht öffentlich und vertraulich gemäß Artikel 17 Abs. 3 Satz 3 LV i. V. m. § 17 Abs. 2 GeschO)

Der Vorsitzende, Abg. Rother, eröffnet die Sitzung um 10:15 Uhr und stellt die Beschlussfähigkeit des Ausschusses fest. Die Tagesordnung wird in der vorstehenden Fassung gebilligt.

Punkt 1 der Tagesordnung:

Personalbedarf im mittleren Dienst und Schreibdienst bei Ermittlungsverfahren der Staatsanwaltschaften und Straf- und Bußgeldverfahren vor Amtsgerichten

Sonderbericht PEBB§Y des Landesrechnungshofs Schleswig-Holstein vom
24. Oktober 2012

Herr Dopp, Vizepräsident des Landesrechnungshofs, stellt die Ergebnisse der Prüfung des Rechnungshofs vor und kommt zu dem Fazit, dass rund 66 Vollzeitkräfte bei einer genaueren Berechnung der Basiszeiten zeitnah eingespart werden könnten und sollten.

Herr Dr. Schmidt-Elsaëßer, Staatssekretär im Justizministerium, teilt mit, bis Ende 2013 werde man in dem in Rede stehenden Bereich 28 Stellen abgebaut haben. Man plane, im mittleren Dienst insgesamt 74 Stellen bis 2020 abzubauen und damit einen erheblichen Teil zum Personaleinsparkonzept beizutragen, ohne die Arbeitsfähigkeit der Justizverwaltung zu gefährden oder eine Aufgabenverlagerung von der Ebene der Rechtspfleger auf den Servicebereich unmöglich zu machen. Vor einer weiteren Berichterstattung sollten die Ergebnisse der von Baden-Württemberg federführend durchgeführten PEBB§Y-Vollerhebung 2014 abgewartet werden.

Der Finanzausschuss nimmt die Prüfungsfeststellungen des Landesrechnungshofs zur Kenntnis. Er bittet das Justizministerium, bis zum Ende des dritten Quartals 2014 über die erreichten und weiter geplanten Personaleinsparungen im mittleren Dienst der ordentlichen Gerichtsbarkeit sowie über den Sachstand der PEBB§Y-Vollerhebung 2014 zu berichten.

Punkt 2 der Tagesordnung:

Sachstandsbericht zum Projekt KoPers

Vorlagen der Staatskanzlei

[Umdrucke 18/517, 18/969](#)

Stellungnahme des Landesrechnungshofs

[Umdruck 18/551](#)

Herr Dr. Büchmann, Beauftragter des Stabsbereichs für zentrale IT-, Organisations- und Personalentwicklung in der Staatskanzlei, führt in die Thematik ein, [Umdruck 18/969](#). Weil sich das Projekt in einer kritischen Situation befinde, habe die Landesregierung beschlossen, das alte System PERMIS-A zu stützen, insbesondere um die Zahlung der Gehälter und Bezüge der Beschäftigten und Versorgungsempfänger bis zur Ablösung durch KoPers sicherzustellen, und zum 1. April 2013 die übergreifenden Themen IT, Organisation und Personalentwicklung in der Staatskanzlei zu einem Stabsbereich zusammengefasst. Alle Beteiligten arbeiteten mit aller Kraft daran, das Projekt zu einem guten und termingerechten Abschluss zu bringen.

Herr Dr. Eggeling, Senatsmitglied des Landesrechnungshofs, verweist auf die Prüfungsfeststellungen des Rechnungshofs in der Vergangenheit und erwartet von der Landesregierung, ein modernes, schlankes, transparentes, integriertes Personalmanagement- und Informationssystem zu schaffen, unter Beteiligung des Parlaments die dafür erforderlichen Organisationsentscheidungen zu treffen und durch die Informationstechnik einen messbaren Mehrwert zu erhalten. Bei einer Zentralisierung der Personalverwaltung in der Staatskanzlei müssten die Ressorts Zuständigkeiten und Personal abgeben. Über den Fortgang des Projekts und die Ergebnisse des Gutachtens sollte der Finanzausschuss noch vor der Sommerpause unterrichtet werden.

Eine Frage von Abg. Dr. Garg zur Konzentration des Personalmanagements in der Staatskanzlei beantwortet Herr Dr. Büchmann dahin, die neue Organisationsform solle ermöglichen, mit den Ressorts aus einer neuen Perspektive zu verhandeln. Er könne nicht ausschließen, dass die Ministerien einen Teil abgeben müssten. Auf eine Frage von Abg. Koch zur Situation in Hamburg antwortet er, Schleswig-Holstein versuche, den bestehenden Abstand zu Hamburg aufzuholen; man verfüge zurzeit nicht über ausreichende Daten, um einen qualitativ

hochwertigen Zustand abzurufen. Die Schadensersatzansprüche würde Dataport gegenüber der Firma P&I geltend machen.

Auf eine weitere Frage von Abg. Koch erwidert Finanzministerin Heinold, der Zustand der Personalverwaltung sei in Schleswig-Holstein schlechter als in Hamburg, weil in den letzten Jahren zu wenig getan worden sei. Der von der Landesregierung vorgelegte Gesetzentwurf zur Änderung des Besoldungsgesetzes mit einer Staffelung der Tarife überfordere das System nicht.

Der Finanzausschuss fordert die Staatskanzlei auf, ihn noch vor der Sommerpause über die Entwicklung des Projekts KoPers schriftlich zu unterrichten.

Abg. Winter bittet darum, dem Ausschuss mitzuteilen, wie die Verwaltung und Abrechnung des Personalmanagements in den anderen Bundesländern funktioniere.

Abg. Dr. Garg betont die Bedeutung eines zentralen Personalmanagements und regt an, Staatskanzlei und Finanzministerium bei der Umsetzung der Zentralisierung auch dadurch zu unterstützen, dass der Ausschuss gegebenenfalls Gespräche mit den Amtschefs der Häuser führe.

Der Finanzausschuss will die Thematik in seiner Sitzung am 13. Juni 2013 weiter beraten.

Punkt 3 der Tagesordnung:

Für einen starken und ausgewogenen EU-Haushalt

Antrag der Fraktionen der SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der Abgeordneten des SSW

[Drucksache 18/623](#)

Solide Haushalte in Europa

Änderungsantrag der Fraktion der FDP

[Drucksache 18/668](#)

(überwiesen am 20. März 2013 an den **Europaausschuss** und an den Finanzausschuss)

Abg. Schmidt bittet die Landesregierung darum, den Finanzausschuss über die Konsequenzen der Entscheidungen der EU zum Haushalt für Schleswig-Holstein zu informieren.

Mit den Stimmen von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, PIRATEN und SSW gegen die Stimmen von CDU und FDP empfiehlt der Finanzausschuss dem federführenden Europaausschuss, den FDP-Antrag Solide Haushalte in Europa, [Drucksache 18/668](#), abzulehnen. Mit den Stimmen der Koalitionsfraktionen gegen die Stimmen der Oppositionsfraktionen empfiehlt er dem Europaausschuss, den Antrag der Koalitionsfraktionen Für einen starken und ausgewogenen EU-Haushalt, [Drucksache 18/623](#), anzunehmen.

Punkt 4 der Tagesordnung:

Vorbereitung der Wahl einer Präsidentin oder eines Präsidenten des Landesrechnungshofs

Antrag der Fraktion der PIRATEN

[Drucksache 18/604](#)

(überwiesen am 21. März 2013 an den **Innen- und Rechtsausschuss** und den Finanzausschuss)

Nachdem Abg. Winter erklärt, man habe noch Beratungsbedarf, berät der Ausschuss kurz über das weitere Beratungsverfahren.

Herr Dr. Altmann, Präsident des Landesrechnungshofs, appelliert an den Finanzausschuss, die Arbeit des Rechnungshofs weiter konstruktiv zu begleiten und zeitnah ein Votum zu dem Antrag abzugeben und zu einer Nachbesetzung seines Amtes zu kommen.

Mit den Stimmen von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW gegen die Stimmen von CDU und FDP bei Enthaltung der PIRATEN stellt der Finanzausschuss die Beschlussfassung über den Antrag [Drucksache 18/604](#) auf die nächste Sitzung, am 16. Mai 2013 zurück, und empfiehlt dem federführenden Innen- und Rechtsausschuss, das Thema zur Mai-Tagung des Landtags anzumelden.

Punkt 5 der Tagesordnung:

Aktenvorlagebegehren zum Vorschlag des Ministerpräsidenten zur Änderung des Landesbesoldungsgesetzes

Antrag der Fraktion der CDU

[Umdruck 18/1030](#)

Das Aktenvorlagebegehren der CDU-Fraktion zum Vorschlag des Ministerpräsidenten zur Änderung des Landesbesoldungsgesetzes, [Umdruck 18/1030](#), findet die Unterstützung aller Ausschussmitglieder.

Punkt 6 der Tagesordnung:

Information/Kenntnisnahme

[Umdruck 18/913](#) – Stellen an Hochschulen

[Umdruck 18/914](#) - Entwicklerverbund RegisSTAR

[Umdruck 18/966](#) – Haushaltsvollzug 2012

[Umdrucke 18/968](#) und [18/1063](#) - SAP-Verfahren

vertraulicher [Umdruck 18/967](#) - Vergabe Schienenpersonennahverkehrsleistungen

Der Ausschuss nimmt die oben angegebenen Umdrucke zur Kenntnis.

Herr Wollesen, stellvertretender Leiter der Abteilung Haushalt und Beteiligungen im Finanzministerium, sagt zu, dem Finanzausschuss im November 2013 über den Stand der Verfahrenssicherheit und Berechtigungskonzepte zum SAP-Verfahren ([Umdrucke 18/968](#), [18/1063](#)) zu berichten.

Punkt 7 der Tagesordnung:

Aufkommen aus der Glücksspielabgabe im ersten Quartal 2013

Vorlage der Finanzministerin

[Umdruck 18/970](#)

Finanzministerin Heinold berichtet über die Entwicklung der Einnahmen aus der Glücksspielabgabe im ersten Quartal 2013, [Umdruck 18/970](#).

Der Ausschuss fasst ins Auge, sich nach Vorlage der Zahlen des zweiten Quartals 2013 mit dem Gesetzentwurf zur Neuordnung des Glücksspiels zu befassen.

(Unterbrechung der Sitzung von 11:35 bis 11:45 Uhr)

Punkt 8 der Tagesordnung:

a) HSH Nordbank AG

Antrag der Landesregierung
[Drucksache 18/654](#)

b) Unterrichtung zur aktuellen Lage der HSH Nordbank AG

Bericht der Landesregierung
[Drucksache 18/655](#)

Finanzministerin Heinold berichtet über das Geschäftsergebnis der HSH Nordbank 2012 und die geplante Wiedererhöhung der staatlichen Garantie von 7 Milliarden auf 10 Milliarden € (siehe anliegende Pressemitteilungen der Landesregierung und der HSH Nordbank vom 11. April 2013). Mit [Drucksache 18/655](#) habe sie dem Parlament Optionen aufgezeigt, die noch keine abschließende Meinungsbildung der Landesregierung darstellten. Ein Portfolienkauf durch die finfo werde zeitnah nicht stattfinden. Die Wiedererhöhung der Zweitverlustgarantie sei durch den alten Beschluss des Parlaments gedeckt. Zur IRFS-Anpassung (Regelungen zur Zusatzprämie) brauche man eine Änderung des Garantievertrags; das Vorgehen in diesem Punkt sei mit der EU-Kommission abgestimmt. Das Land müsse im Mai den Antrag auf Garantieerhöhung bei der EU abgeben, und damit beginne das Notifizierungsverfahren, das unter dem Vorbehalt des Parlamentsbeschlusses stehe, der spätestens im Juni 2013 gefasst werden müsse.

Abg. Dr. Garg steht auf dem Standpunkt, dass für die Garantieerhöhung ein Parlamentsbeschluss erforderlich sei.

Ministerin Heinold wiederholt ihre Auffassung, dass die Wiedererhöhung der Garantie auf 10 Milliarden € rechtlich zwar durch den alten Parlamentsbeschluss gedeckt sei, sie sich politisch jedoch ausdrücklich eine Befassung und Positionierung des Parlaments wünsche.

Abg. Koch spricht sich dafür aus, dass der Landtag vor der Antragstellung der Landesregierung bei der EU eine Entscheidung treffe. Auf seinen Vorschlag beschließt der Finanzausschuss, gemeinsam mit dem Haushaltsausschuss der Hamburgischen Bürgerschaft am 30. April 2013 um 17:30 Uhr eine Sachverständigenanhörung zur HSH Nordbank durchzuführen.

Ministerin Heinold weist darauf hin, dass die Landesregierung die Notifizierung nach einem entsprechenden Parlamentsbeschluss jederzeit zurückziehen könne.

Der Landtag wird sich mit beiden Drucksachen in der April-Tagung befassen.

Punkt 9 der Tagesordnung:

Einzelbetriebliche Förderung abschaffen - überbetriebliche Maßnahmen verbessern

Antrag der Fraktion der FDP

[Drucksache 18/174](#)

Änderungsantrag der Fraktion der CDU

[Drucksache 18/225](#)

(überwiesen am 27. September 2012 an den **Wirtschaftsausschuss** und den
Finanzausschuss)

hierzu: [Umdruck 18/639](#)

Herr Dr. Nägele, Staatssekretär im Ministerium für Wirtschaft, Arbeit, Verkehr und Technologie, berichtet, die Beratungen über die Ansätze der ab 1. Januar 2014 beginnenden neuen EU-Förderperiode seien noch nicht abgeschlossen; inwieweit Schleswig-Holstein von Veränderungen insbesondere in den Bereichen Tourismus- und Hafeninfrastrukturfinanzierung betroffen sein werde, sei noch nicht absehbar. Für die Gemeinschaftsaufgabe zur Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur würden ab 2014 neue Vorschriften und ein verändertes Fördergebiet gelten. Schwerpunkt der Wirtschaftsförderung seien die Bereiche Innovation, Forschung und Entwicklung. Mindestens 80 % der Mittel aus dem Europäischen Regionalfonds sollten im Zielbereich Innovation, Forschung und Entwicklung, CO₂-Reduzierung, Energieeinsparung und Ressourceneffizienz eingesetzt werden. Bei der Tourismusförderung werde man sich insbesondere auf den Bereich Energieeinsparung bei Modernisierungen konzentrieren; die Förderung der touristischen Infrastruktur stehe nicht zur Diskussion. Mit der Gemeinschaftsaufgabe wolle man Maßnahmen unterstützen, die in Konzepte eingebettet seien und den Bedarf aus der regionalen Perspektive und nicht allein aus der Perspektive eines einzelnen Unternehmens begründeten. Das Förderregelwerk werde entsprechend geändert, sobald die Rahmenbedingungen vonseiten der Europäischen Kommission und der Bundesregierung feststünden. Hinsichtlich der Abwicklung der Förderprogramme, die bisher von der Investitionsbank und der WTSH wahrgenommen werde, nehme man die Anregungen des Rechnungshofs auf ([Umdruck 18/639](#)) und werde innerhalb des nächsten Monats zu einer Entscheidung kommen. Alle wichtigen Förderfälle müssten zukünftig in einer interministeriellen Arbeitsgruppe erörtert und vom Kabinett bestätigt werden.

Eine Frage von Abg. Dr. Garg beantwortet er dahin, bei der einzelbetrieblichen Förderung, bei der in der Vergangenheit in weiten Teilen nach dem Gießkannenprinzip und im Windhundverfahren Fördergelder vergeben worden seien, werde man in Absprache mit der Koalition umsteuern.

Abg. Harms spricht sich dafür aus, die einzelbetriebliche Förderung in der bisher praktizierten Form abzuschaffen. Vielmehr solle sich die Förderung einzelner Maßnahmen - zum Beispiel Häfen in privater oder öffentlicher Trägerschaft - in den Dienst der Wirtschafts- und Infrastrukturförderung stellen.

Der Ausschuss nimmt den Bericht von Staatssekretär Dr. Nägele und [Umdruck 18/639](#) zur Kenntnis. Gegen die Stimmen der CDU empfiehlt der Finanzausschuss dem federführenden Wirtschaftsausschuss, den CDU-Antrag [Drucksache 18/225](#) abzulehnen. Mit den Stimmen der Koalitionsfraktionen gegen die Stimme der FDP bei Enthaltung von CDU und PIRATEN empfiehlt der Ausschuss, den FDP-Antrag [Drucksache 18/174](#) ebenfalls abzulehnen.

Punkt 10 der Tagesordnung:

Verschiedenes

Der Vorsitzende würdigt im Namen des Ausschusses die Verdienste von Landesrechnungshofpräsident Dr. Altmann und seine Rolle als konstruktiv-kritischer Ratgeber des Finanzausschusses.

Auch Präsident Dr. Altmann bedankt sich für die positive Begleitung der Arbeit des Rechnungshofs durch den Finanzausschuss.

Punkt 11 der Tagesordnung:

Finanzierung von Schienenfahrzeugen der AKN Eisenbahn AG

(vertrauliche nicht öffentlich und vertraulich gemäß Artikel 17 Abs. 3 Satz 3
LV i. V. m. § 17 Abs. 2 GeschO)

(siehe nicht öffentlichen Teil der Sitzung)

Punkt 12 der Tagesordnung:

International Departement am UKSH

[Umdrucke 18/13](#), [18/120](#), [18/283](#), [18/841](#)

(nicht öffentlich und vertraulich gemäß Artikel 17 Abs. 3 Satz 3 LV i. V. m. §
17 Abs. 2 GeschO)

(siehe nicht öffentlichen Teil der Sitzung)

Der Vorsitzende, Abg. Rother, schließt den öffentlichen Teil der Sitzung um 12:30 Uhr.

gez. Thomas Rother

Vorsitzender

gez. Ole Schmidt

Geschäfts- und Protokollführer